

Inhalt

Vorwort	V
Hinweise für den Benutzer	XV

Zur Einstimmung

I. Prolog über eine gerechte Ordnung	1
II. Grundgesetz für jedermann	9

1. Kapitel: Gemeinschaft – Staat

§ 1 Was ist eine menschliche Gemeinschaft?	15
§ 2 Was ist ein Staat?	20
I. Der Staat als Form menschlicher Gemeinschaft	20
II. Begegnung mit der Wirklichkeit	22
III. Staatsgebiet – Staatsvolk – Staatsgewalt	23
IV. Der deutsche Bundesstaat	25
V. Die Drei-Elementen-Lehre in der Veränderung	31
VI. Entwicklung zum Weltinnenrecht	32

2. Kapitel: Würde – Freiheit – Gleichheit

§ 3 Der Staat, das Wesen des Menschen und seine Würde	35
I. Grundorientierung an der menschlichen Natur	35
II. Die Grundforderung des Seins: Jedes menschliche Wesen muss als Mensch anerkannt werden	37
III. Menschliche Würde als die Unantastbarkeit menschlicher Kreatürlichkeit	38
IV. Die rechtliche Gewährleistung	40
1. Die Würde, ihr Anspruch auf Anerkennung und ihre Verletzung	40

2. Das „Ausgeliefertsein“ als Grundsituation einer Verletzung	40
3. Absoluter Schutz	42
a) Unantastbarkeit im Rahmen der Gemeinschafts- gebundenheit	42
b) „Klassische“ Menschenwürdeverletzungen	43
c) „Moderne“ Menschenwürdeverletzungen	46
V. Menschenwürde als Grundrecht und Basis der Grundrechte	49
§ 4 Über die Freiheit	49
I. Idee und Begriff	49
1. Die natürliche Anlage zur Freiheit	50
2. Die Notwendigkeit gleicher Freiheit	51
3. Freiheit in Verantwortung	52
4. Verfälschung der Freiheitsidee	53
II. Die rechtliche Gewährleistung	56
1. Die Freiheit als Grundrecht	56
2. Grundrechtsträger und Grundrechtsadressaten	59
a) Grundrechtsträger	59
b) Grundrechtsadressat	60
3. Staatliche Schutzpflicht für die Grundrechte	60
a) Schutzpflicht im Bereich des öffentlichen Recht	61
b) Schutzpflicht im Bereich des privaten Rechts	62
III. Die verschiedenen Funktionen der Grundrechte	63
1. Das Grundrecht als Abwehrrecht	64
a) Abwehrfunktion als zentrale Bedeutung	64
b) Garantie des allgemeinen Persönlichkeitsrechts als besonderes Anliegen	64
c) Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG als Auffangrecht	66
2. Das Grundrecht als Mitwirkungsrecht	71
3. Das Grundrecht als Leistungsrecht	71
§ 5 Über die Gleichheit	74
I. Idee und Begriff	74
1. Freiheit und Gleichheit gehören zusammen	75
2. Gleichheit ist Chancengleichheit	76
3. Gleichgewichtsstörung zwischen Freiheit und Gleichheit	77
4. Egalisierung als demokratisches Übel	80
II. Die rechtliche Gewährleistung	82
1. Gleichheit ist kein selbsttragendes Recht	82
2. Verletzung der Gleichheitsrechte	83

	3. Der allgemeine Gleichheitssatz	84
	4. Die speziellen Gleichheitssätze	87
§ 6	Gewährleistungsgegenstand und Schutz der Grundrecht	89
I.	Was schützen die Grundrechte?	89
II.	Wie und wie weit kann in Grundrechte eingegriffen werden?	90
III.	Besondere Schutzvorkehrungen („Schrankenschranken“)	92
	1. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip (Übermaßverbot)	92
	2. Die Wesensgehaltsgarantie	94
IV.	Insbesondere: Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte	95
	1. Die Rechtsweggarantie des Art. 19 Abs. 4 GG	95
	2. Der grundrechtsspezifische Rechtsschutz	97

3. Kapitel: Demokratie

§ 7	Demokratie als Staats- und Regierungsform	99
I.	Repräsentative Demokratie	100
	1. Grundstimmung des Unbehagens	100
	2. Neigung zum Systembruch	101
	a) Die mangelnde Bereitschaft des Hinhörens	102
	b) Die Aussperrung der „Abweichler“ oder das Ende einer offenen Kommunikation	103
	c) Der unerfüllte Wunsch des Bürgers nach der Glaubwürdigkeit des Politikern	104
II.	Volksrepräsentation durch besondere Organe	106
	1. Einheit und Gliederung staatlicher Macht	106
	2. Das Gesetzgebungsorgan	108
	3. Das Exekutivorgan („vollziehende Gewalt“)	111
	a) Die Bundesregierung	111
	b) Die Verwaltung	114
	c) Die militärische Verteidigung	115
	4. Das Rechtsprechungsorgan	116
	a) Die Begriffsmerkmale	116
	b) Die Bundesgerichte	118
	c) Das Bundesverfassungsgericht	118
	Exkurs: Der Bundesrechnungshof	123
	5. Der Bundespräsident	123
§ 8	Die Bedeutung der Volkswahl	127
I.	Legitimationskreislauf in offener Herrschaftsstruktur	127
II.	Volkswahl, Auswahl und die Rolle der politischen Parteien	132

III.	Grundsätze der Wahl	134
IV.	Wahlsystem	136
V.	Mehrheitsprinzip	138
VI.	Die Wahl als politische Richtungsbestimmung und permanente Kontrollbewertung	140
VII.	Macht, Verantwortung und Vertrauen	141
§ 9	Freier, offener und unreglementierter Diskurs	145
I.	Argumentieren als Lebensluft der Demokratie	145
II.	Der Volkswillensbildungsprozess als Rahmen des Argumentierens	147
1.	Die Grundrechte als Instrumente	147
a)	Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG)	148
b)	Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	154
c)	Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	156
d)	Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG)	156
e)	Kunst- und Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG)	157
f)	Parteienfreiheit (Art. 21 GG)	157
2.	Charakter des Willensbildungsprozesses	158
III.	Staatsfreiheit der Volkswillensbildung	159
IV.	Gegenstand und Funktion der Volkswillensbildung	160
§ 10	Mitwirkung an staatlichen Entscheidungen als Ergänzung der Volkswillensbildung (Partizipation)	162
§ 11	Das Prinzip Selbstverwaltung	163
§ 12	Distanz von Staat und Gesellschaft als Garantie der Freiheit	164
I.	Prinzip der Nichtidentifizierung	164
II.	Ermöglichung verschiedener Lebens- und Organisationsformen	166
III.	Zuordnungsverhältnis von Staat und Gesellschaft	168
§ 13	Die Demokratie in der offenen Staatlichkeit	170
I.	Öffnung nach Innen	170
II.	Öffnung zu staatsübergreifenden Institutionen	171
III.	Insbesondere: Öffnung zur Europäischen Union	172
1.	Von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union	173
2.	Veränderung der Nationalstaaten	174
a)	Staatenverbund, nicht Bundesstaat	174
b)	Erosionserscheinungen	176
c)	Fehler, Rechtsbrüche und Verwerfungen	176

4. Kapitel: Wandlungen des demokratischen Systems

§ 14	Gefährdung der Legitimation durch Machteinbußen des Parlaments	183
I.	Machtverschiebung vom Parlament zur Exekutive als Folge eines faktischen Entwicklungsprozesses	183
1.	Entwicklungen im Verhältnis von Parlament und politischen Parteien	183
2.	Entwicklungen im Verhältnis von Regierung und politischen Parteien	188
	Exkurs: Die Dominanz parteipolitischer Gesetzmäßigkeiten und ihre Folgen	190
3.	Reformüberlegungen	193
II.	Machtverschiebung als Folge der europäischen Integration	200
1.	Das demokratische Problem	200
a)	Strukturelle Grundanforderung Subsidiarität	201
b)	Grenzen der europäischen Integration	205
c)	Denken auf zwei Ebenen	207
2.	Konstituierung einer transnationalen Verbunddemokratie	208
a)	Das Europäische Parlament	210
b)	Die nationalen Parlamente	211
c)	Vorteile und Mängel der transnationalen Verbunddemokratie	213
3.	Die weiteren Organe der Union	215
a)	Der Europäische Rat	216
b)	Der Rat (Ministerrat)	216
c)	Die Europäische Kommission	217
d)	Der Europäische Gerichtshof	218
e)	Der Europäische Rechnungshof	219
f)	Die Europäische Zentralbank	219
g)	Allgemeines zur Sitzverteilung in den europäischen Organen	220
4.	Unionsrechtliche Grundfreiheiten und Unionsgrundrechte	221
a)	Die Grundfreiheiten des Binnenmarktes	221
b)	Die Unionsgrundrechte	221
c)	Die Einschränkungsmöglichkeiten	226
d)	Gerichtsschutz	227
III.	Résumé	228
IV.	Sind wir auf dem Weg in eine neue Welt?	229

§ 15	Argumentation – ein Wirkungsfeld für Funktionäre	230
I.	Parteien, Verbände, Medien: Die „Großen Drei“ bestimmen das Spiel	230
1.	Die Legende vom politisch aktiven Bürger	230
2.	Die politischen Parteien	233
3.	Die Verbände	235
4.	Die Sonderrolle der Medien	238
a)	Macht, Verantwortung, Ethik	238
b)	Autoritäre Massenmedien	241
c)	Das Übel der „Political Correctness“	242
d)	Manipulation durch Medien ist ein Faktum	244
5.	Gleiche Freiheit und Offenheit der gesellschaftlichen Willensbildung als Fiktion	246
a)	Dem Willensbildungsprozess ist die Realitätsbasis abhanden gekommen	246
b)	Eine Wendung zum Besseren ist nicht in Sicht	247
II.	Volkswillensbildungsprozess in der Europäischen Union	248
1.	Verwobenheit nationaler und europäischer Willensbildung	248
2.	Ansätze zur Ausbildung gesellschaftlicher Willensbildung in Europa	249
§ 16	Schwindende Distanz – wachsende Gefahr für die Freiheit	252
I.	Permanente Gefährdung durch Staat und Gesellschaft	252
1.	Gefährdung durch den Staat	252
2.	Gefährdung durch die Gesellschaft	256
II.	Distanzverlust als Folge europäischer Integration	258
III.	Resümee: Die Wandlungen bedrohen die Freiheit	260

5. Kapitel: Das Sozialstaatsprinzip

§ 17	Verfassungsrechtliche Grundaussagen	263
I.	Freiheitlicher Sozialstaat	263
II.	Das soziale Grundanliegen	265
III.	Eckpunkte sozialer Leistungserbringung	266
§ 18	Die zentrale Position des Gesetzgebers	268
I.	Sozialer Ausgleich	268
II.	Soziale Sicherheit	272
1.	Sozialversicherungsrecht	272
2.	Soziale Entschädigung	273
III.	Staatliche Mitverantwortung für die Wirtschaft	273

1. Die Bedeutung der Wirtschaft für den sozialen Staat . .	273
2. Die freie (und daher soziale) Marktwirtschaft	274
3. Eklatante Berührungsgängste mit dem freiheitlichen Wirtschaftssystem	277
4. Dann und wann ein lichter Augenblick	278
5. Die Rückkehr zum Dirigismus	278
§ 19 Gefahren und Verwerfungen	280
I. Am Anfang steht der Irrtum – Ausblendung der Wirklichkeit .	280
II. Der Sozialstaat verkommt zum Wohlfahrtsstaat	281
III. Der Wohlfahrtsstaat als Staat der Umverteilung	284
IV. Die Misere der Verhaltensänderung	288
1. Umverteilungsstaat als Konfiskationsstaat – Schonhaltung der Gebenden	288
2. Forderungshaltung der Nehmenden	290
3. Hoffnung auf Wende?	290

6. Kapitel: Das Rechtsstaatsprinzip

§ 20 Herrschaft des Rechts	293
I. Rechtsstaat als Verfassungsstaat	294
II. Primat des Rechts – Ordnung in Freiheit	294
III. Spezifische Merkmale einer Rechtsordnung	295
1. Allgegenwärtigkeit des Rechts	295
2. Gebot der Rechtstreue	296
3. Rechtsklarheit in einer komplexen staatlichen Gemeinschaft	297
4. Formalisiertes und soziales Recht	298
IV. Differenzierte Rechtsordnung	300
1. Das Privatrecht	300
2. Das Öffentliche Recht	300
V. Arten und Verbindlichkeit hoheitlicher Verfügungen	302
VI. Rangordnung der Rechtsregelungen	304
1. Vorrang der Verfassung	304
2. Vorrang des Gesetzes	305
3. Vorbehalt des Gesetzes	306
4. Vorrang des Rechts der Europäischen Union	307
VII. Durchsetzung der Rechtsordnung	308
VIII. Freiheit, Frieden und Sicherheit	309
§ 21 Staatliches Gewaltmonopol und Rechtsdurchsetzung	311
I. Friedenspflicht und Rechtsgehorsam	311

II.	Gefährdungen	312
III.	Sonderproblem „politische Gewalt“	313
IV.	Dekuvrierende Einseitigkeit bei Gewaltbekämpfung	315
§ 22	Das Prinzip der Gewaltenteilung	318
I.	Grundanliegen einer Machtmäßigung durch Machtverteilung	319
II.	Grundanliegen einer funktionsgerechten Organstruktur	321
III.	Gefährdungen	322
§ 23	Gewährleistung gerichtlichen Rechtsschutzes	324
§ 24	Rechtsstaatliche Verwaltung	325
§ 25	Rechtsstaatliche Prinzipien in der Europäischen Union	326

Zum Ausklang

I.	Erosion der Gerechtigkeit	329
II.	Allgemeiner Orientierungsmangel	331
III.	Zweifel an der freiheitlichen Demokratie	333
IV.	Überforderung des Menschen durch die Menschenrechte?	335
V.	Das große Wagnis	338
Liste der verwendeten Literatur		347
Sachregister		359